

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

12.11.1862 (No. 266)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 12. November.

N. 266.

1862.

Telegramme.

Darmstadt, 11. Nov., Nachmittags. Zweite Kammer. Die Kandidaten der Fortschrittspartei für beide Präsidentenstellen, Mohr, Weg, Strecker, Schulz, Hoffmann II., Soldan, wurden durchgesetzt. Der höchstbestimmte allliberale Gegenkandidat, Landrichter Hoffmann, erhielt nur 20 Stimmen.

Neu-York, 30. Okt. (Ueber Halifax.) Die Unionstruppen, welche bei Macleay Point ausgeschifft wurden, um den Verkehr auf der Charleston-Savannah-Bahn abzuschneiden, sind 9 Meilen vorgehrt und haben die Südländer aus drei festen Stellungen vertrieben, als Letztere Verstärkung erzielten und nun ihrerseits die Unionisten mit schweren Verlusten zurückschlugen.

Wochensatz 144. Colobagio 30 à 30%. Cerealien im Fallen. Baumwolle fest zu 60.

Von der polnischen Grenze, 10. Nov. Gestern Nachmittag wurde der gegenwärtige Chef der Spione, Felkner, auf der Haustür seiner Wohnung [wohl in Warschau] erschossen gefunden und waren ihm die Ohren abgeschnitten. Der Thäter ist noch nicht ermittelt.

Turin, 9. Nov. Garibaldi ist in Pisa in einem befriedigenden Zustande eingetroffen. — Bei einem Zusammenstoße, der zu San Severo zwischen Truppen und Räubern stattgefunden, waren diese 200 Mann stark, die vollständig bewaffnet waren.

Athen, 5. Nov. Die Nationalversammlung ist auf den 22. Debr. einberufen. Die im Auslande ansässigen Griechen werden sich vertreten lassen können. Allgemein herrscht Ruhe. Grivas ist gefährlich krank.

Deutschland.

Frankfurt, 8. Nov. Seit dem 6. Nov. befindet sich nach dem „Dresdener Journ.“ Hr. v. Lerchenfeld hier, welcher bis auf Weiteres, bis zur Ergänzung des Bureau's und der sodann erfolgenden Wahl des Präsidenten nämlich, mit der Leitung des deutschen Reformvereins unter Beihilfe v. Wydenbrugs betraut worden ist. Sofort nach seinem Eintreffen wurde ein Rundschreiben an sämtliche Teilnehmer der Versammlung vom 28. und 29. Okt. erlassen, welchem die Statuten des „Deutschen Reformvereins“ beiliegen. Das Rundschreiben theilt die am 29. Okt. gefassten, die Vereinsbildung betreffenden Beschlüsse mit, und bringt zugleich zur Kenntniss, daß das „Bureau des Deutschen Reformvereins in Frankfurt“ die Beitrittserklärungen entgegennimmt.

Frankfurt, 10. Nov. Wie die hiesigen Blätter melden, ist der unlängst in den Ruhestand getretene Senator und gewesene Bundestags-Gesandte Dr. Carnier dahier von dem Kaiser von Oesterreich in den erblichen Adelstand tarfrei erhoben worden.

Neustadt a. d. S., 8. Nov. (Fr. Z.) Wie die „Neust. Ztg.“ berichtet, ist auf den Protest des dasigen Turnvereins gegen die Verfügung vom vorigen Monat die Antwort von L. Regierung bereits eingetroffen, und sei darin dem Turnverein von Neustadt die Alternative gestellt worden, sich entweder der vormonatlichen Verfügung zu unterwerfen, oder den Verein aufzulösen. Weiteren desfallsigen Schritten dieses Vereins sieht man entgegen.

Der Hof König Otto's.

(Fortsetzung aus Nr. 263.)

Die englischen Offiziere wurden zuletzt von Sir Thomas Wyse vorgefordert, welcher den Dolmetscher machte, da keiner von ihnen eine andere, als die eigene Sprache kannte. Die Unterhaltung dauerte nicht lange, und bestand, wie die Offiziere mir mittheilten, aus Fragen über den Theil von England, woher sie kamen, und über das Gelingen, das sie an Griechenland fänden. Der türkische Gesandte stellte einen Offizier vor, der preussische einen See-Offizier, und dann machte der goldene Armabill das verabredete Zeichen, worauf ich aus dem Kreise hervortrat. Der Ober-Hofmarschall hatte wahrscheinlich berichtet, daß ich Deutsch spräche, denn der König redete mich folgende in dieser Sprache an. Er ist äußerst kurzschichtig und bog seinen Kopf, als er sprach, bis dicht an mein Gesicht vor. Er ist von mittlerer Gestalt und sieht im Allgemeinen dem Komponisten Benedikt ähnlich. Er ist fast auf dem Scheitel seines Kopfes, trägt aber einen dicken braunen Schnurrbart, der seine Oberlippe fast verbergt. Seine Nase ist vorstehend, sein Kinn spitz und seine großen, nachbraunen Augen tieflegend. Der vorstehende Ausdruck seines Gesichtes ist der der Liebendwürdigkeit, zu dem sich ein gewisser Grad von Unentschlossenheit gesellt. Die Farbe der Haut ist bleich in Folge lang anhaltender Kränklichkeit, und wenn seine Blüge ruhig sind, spricht sich eine gewisse Trauer in ihnen aus. Er begann mit einem Komplimente, welches ich nicht recht wissend, wie ich es beantworten sollte, mit einer Verbeugung erwiderte. Da er etwas in Verlegenheit zu sein schien über das, was er zunächst sagen sollte, so nahm ich mir die Freiheit, eine Bemerkung zu machen, obwohl ich wußte, daß dies eigentlich gegen die Etikette sei. Nachdem das Gespräch einmal eingeleitet war, sprach er sehr fleißig und verständlich, indem er mich hauptsächlich über klimatische Einflüsse und über die Methode, welche ich zur Erkennung verschiedener Sprachen anwende, ausfragte. Er hielt sich etwa acht bis zehn Minuten

Stuttgart, 8. Nov. (Südd. Ztg.) Daß eine Landesversammlung der Volkspartei in Württemberg abgehalten wird, ist nun beschlossene Sache. Gestern ist ein Komitee zur Vorbereitung der Sache hier bestellt und mit zweckentsprechenden Aufträgen und Vollmachten versehen worden. Der Tag der Versammlung wird höchst wahrscheinlich der 7. Dezember sein; über den Ort — vielleicht wieder Esslingen — scheint eine Entscheidung noch nicht getroffen zu sein.

München, 8. Nov. (Bayr. Bl.) Unser erster Bürgermeister, v. Steindorff, der Postdirektor Pfeufer, die Magistratsräthe Kiebereer, Schneider und mehrere andere Personen haben ein Komitee gebildet, das um die höhere Bewilligung zur Vornahme einer Sammlung für die aus Griechenland zurückgekehrten Deutschen bereits nachgesucht hat. — Die drei Distrikte des pfälzischen Amtsbezirks Pirma-sens, der sich von dem pfälzischen Eisenbahn-Netz angeschlossen sieht, gehen ganz ernstlich mit dem Plan um, zwischen Zweibrücken-Pirmasens und Pirmasens-Weiden eine Verbindung mittelst Strassenlokomotiven mit täglich zweifach dreimaligem Kurse für Personen- und Gütertransport herzustellen.

Darmstadt, 9. Nov. (Fr. Z.) Prinz Ludwig nebst Gemahlin begibt sich morgen auf einige Monate nach England. Der bisherige botanische Garten (groß. Domäne) wurde von dem Prinzen akquirirt und wird alsbald mit dem Bau eines großartigen Palais begonnen werden, da solches bis Ende nächsten Jahres vollendet sein soll. — In den nächsten Tagen werden Vertreter der verschiedenen Aktiengesellschaften Hessens in einer Konferenz sich wegen eines Antrags betreffs mehrerer notwendigen Änderungen des Einfuhrgesetzes zu dem Handelsgesetzbuch besprechen.

Wiesbaden, 10. Nov. (Südd. Ztg.) Die Versammlung von nassauischen Mitgliedern des Nationalvereins, die gestern in Niederwalluf stattfand, hat folgende Beschlüsse gefaßt: a) Volle Zustimmung zu den Beschlüssen der Generalversammlung in Betreff der Reichsverfassung; b) Einverständnis mit der von den Vereinsmitgliedern in Bremen am 18. Okt. beschlossenen Erklärung: „1) So lange die bundesstaatliche Einigung Deutschlands nicht verwirklicht ist, muß wenigstens die durch den Zollverein geschaffene thatsächliche Gemeinschaft der materiellen Interessen gewahrt werden; 2) auf dem Wege der bloßen Erneuerung der bestehenden Zollvereins-Verträge ist die Erhaltung und entsprechende Ausbildung jener Gemeinschaft nach dem übereinstimmenden Urtheil aller Sachkundigen nicht zu erreichen; 3) vielmehr bedarf es zu dem Ende einer engeren Vereinigung der Vereinsstaaten, einer gemeinschaftlichen Zentralbehörde und Volksvertretung.“ c) Die Versammlung schließt sich dem Ausdruck der Anerkennung, welche dem preussischen Abgeordnetenhaus von der Generalversammlung des Nationalvereins gezollt worden ist, freudig an. Sie spricht zugleich die Zuversicht aus, daß die nationale Partei in ganz Deutschland ihre Pflicht erkennen werde, wenn die Maßregeln der Verdrängung, welche in Preußen begonnen haben, einen größeren Umfang annehmen sollten, der gemeinsamen Gefahr durch gemeinsame Hilfeleistung — durch Gründung einer deutschen Volkskammer — entgegenzutreten.

Kassel, 7. Nov. (Fr. Z.) Der Bericht des Legationssauschusses soll an maßgebender Stelle sehr unangenehm berührt haben. Sei es, daß man sich an die

Seiten der Kriegsgesichte und der Strafbayern nicht gern erinnern läßt, sei es, daß gerade die Betrachtung der jetzigen Verfassungszustände im Vergleich zu dem damals geltenden Kriegszustand nicht anspricht — die tiefe Bestimmung soll vorhanden sein. Den Regierungskreisen nahe stehende Personen äußerten schon vor Wochen das Bedenken, daß die Traberische Angelegenheit möglicher Weise die Auflösung des Landtags herbeiführen könne. Dahin wird es indessen nicht kommen, auch wenn (wie in der That geschehen) die einstimmige Annahme des Ausschusstantags durch die Kammer erfolgt wird.

Koblenz, 9. Nov. Ihre Maj. die Königin hat am Samstag die Stadt Köln besucht, um den Fortschritten des Dombaus zu folgen. Der Prinz Ludwig von Hessen und seine Gemahlin, die Prinzessin Alice von England, treffen heute zum Besuch an unserm Hof ein.

Nach dem Vorgang anderer Rheinstädte hat sich aus den achtbarsten Mitgliedern unserer Bürgerschaft eine Gesellschaft gebildet, welche zu Besprechung der jetzigen brennenden Tagesfragen auf politischem Gebiet wöchentlich eine Versammlung halten wird. Diese Fragen sollen in durchaus freisinniger Weise behandelt und darin wo möglich eine Uebereinstimmung der Ansichten erreicht werden. Ein Ausschuss von 15 Personen als provisorischer Ausschuss ist bereits ernannt. Dieser und andere ähnliche Vereine, welche schon bestehen, sind darauf berechnet, das Interesse an den Angelegenheiten, die jetzt die Gemüther bewegen, nicht einen Augenblick erkalten zu lassen und namentlich den Bestrebungen der Reaktion entgegen zu treten.

Seit einigen Tagen geht in Berlin wieder stark das Gerücht, die Regierung werde das Abgeordnetenhaus auflösen und an das Land appelliren. Nichts könnte den Liberalen willkommener sein.

Düsseldorf, 8. Nov. Gestern Abend trafen der Fürst und die Fürstin zu Hohenzollern-Sigmaringen, der Erbprinz und die Erbprinzessin, sowie die ganze fürstliche Familie hier ein.

Münster, 6. Nov. (Westf. M.) Gestern wurde Nr. 255 des „Westf. Merk.“ wegen eines Artikels über die Einberufung des westfälischen Provinzial-Landtages polizeilich konfisziert.

Essen, 7. Nov. Die Staatsschulden-Verwaltung hat eine Bekanntmachung veröffentlicht, wonach Se. Hoheit der Herzog mittelst Resolution vom 6. d. M. die Aufhebung des in der Verordnung vom 16. Febr. 1846, die Regulierung des anhalt-köthenschen Schuldenwesens zc. betreffend, von dem Herzog Heinrich zu Anhalt-Köthen erlassenen und in den späteren hierauf bezüglichen Verordnungen beibehaltenen Verbots, Kapitalföndung Seitens der anhalt-köthenschen Staatsgläubiger anzunehmen, genehmigt und ermächtigt, von jetzt ab jeder Kapitalföndung Seitens der noch vorhandenen genannten Gläubiger rechtliche Folge zu geben.

Leipzig, 8. Nov. Die (bereits erwähnte) Vorstellung des Rathes der Stadt Leipzig an das Gesamtministerium in Sachen des Handelsvertrags nimmt zunächst auf das ursprüngliche Verhalten der königl. sächsischen Regierung in dieser Angelegenheit Bezug, welches gestattete, die weiter zu führenden Verhandlungen mit volstem Vertrauen in die Hand der Staatsregierung zu legen, nichts weniger be-

bar umfangreichen Florgewändern der Damen die Gestalt einer Hydruntin in ihrer eigenthümlichen Tracht zu erblicken — in ihrem gelblichen Tuch, das fest um den Kopf gesteckt ist und auf die Schultern herabhängt, ihrer dunklen, fest anliegenden Jacke ohne Verzierung und ihrem schlichten, engen Rock, der von den Hüften bis zum Fußgelenk in gerader Linie herabfällt. Im ersten Augenblick konnte man beinahe auf die Vermuthung gerathen, daß ein Rückenmäddchen sich hereingeschoben und sich vorgenommen habe, ein Lätzchen zu waschen, ehe die Stunde des Abendessens schlug. An sich selbst ist die Tracht eine sehr materielle und fleisame, doch paßt sie besser zu den Fellen von Hydra, als zu diesem pompejanischen Zeitalter. Die eine von den Ehrendamen der Königin gehörte einer namhaften preussischen Familie an und trug dieselbe Kleidung, das Kopftuch aber war von gelber Seide und reich mit Gold geflickt und der Rock bei etwas weitem Umfang von gleichem Stoff. Sie war jung und schön, mit einem auffallend geraden, klassischem Profil, und war für mich eine der überraschendsten Gestalten in der ganzen Gesellschaft.

Nachdem der Ball nun in aller Form eröffnet war, fing man an, Cotillons zu tanzen, denen Walzer und Mazurka's, aber keine Polka's folgten. Fast sämtliche Griechinnen und die meisten der jüngeren Offiziere tanzten, und zwar mit großer Präzision und Eleganz; die einzige Frauella aber im Kreise der Tanzenden war die des Königs. Eine große Menge der jungen Palastkinder saßen neugierig zu, die alten Hauptleute und mit ihnen die Senatoren, Deputirten und viele der Beamten und Gesandten zogen sich in den mittleren Saal zurück, welcher mit Spieltischen wohl besetzt war. Der dritte Saal hatte rings an den Wänden bequeme Divans, auf denen sich Gruppen hauptsächlich von älteren Männern bildeten, um über Staats- oder Politik zu plaudern, oder, um bei der Hand zu sein, wenn die Erfrischungen zur äußeren Thür herbeigebracht wurden. Der Raum war ein so weiter, daß die versammelten Gäste, so zahlreich sie waren, nicht im geringsten gedrängt erschienen. (Schluß folgt.)

fürchtend, als daß dieselbe von diesem Wege nach Verlauf weniger Monate wieder abirren könnte."

Bei der völlig klaren Stellung — fährt die Eingabe fort — welche Sachsen und insbesondere unser Leipzig zu der Frage des deutsch-französischen Handelsvertrags in seinem eigenen, wie in dem damit untrennbar zusammenhängenden Interesse der Erhaltung und Erweiterung des Zollvereins eingenommen und auch ferner zu bewahren hatte, mußte und notwendig das Verhalten der sächsischen Mitglieder des deutschen Handelsrats zu München und insbesondere des Vertreters des hiesigen Handelsvorstandes aus dem Vertrauen aufschreien, welchem wir uns aus obigen Gründen hingeben hatten und hingeben dürften, und dies um so mehr, als unbeanstandet mit Berufung auf beschlossene Ermächtigung die Erklärung abgegeben worden ist, daß dieses Verhalten im Einverständnis mit der königl. Staatsregierung beobachtet worden sei, und daß diese nicht im entferntesten daran denke, den Handelsvertrag aufrecht erhalten zu lassen. Diese völlig unerwarteten Thatsachen legen uns in Vertretung der Interessen unseres sächsischen Gemeinwesens die Verpflichtung auf, denselben gegenüber nicht zu schweigen, vielmehr bei der k. Staatsregierung und zwar einstimmig die offene und unumwundene Erklärung eherechtlich niederzulegen: „daß das Verhalten der sächsischen Mitglieder des deutschen Handelsrats zu München bei der Abstimmung über den deutsch-französischen Handelsvertrag, insbesondere das des Vertreters des hiesigen Handelsvorstandes und ebenso der Standpunkt des letztern selbst in seiner Bekanntmachung vom 24. d. M., dem Wohlwille und Gebeten unserer Stadt nicht entspricht, welches vielmehr nur in einem rücksichtslosen Festhalten an dem von der königlichen Staatsregierung und Ständeversammlung einstimmig gefassten Beschlusse gewahrt wird.“ Der ausführlichen Begründung dieser Erklärung wird es um so weniger bedürfen, als dieselbe mit den über die Frage des deutsch-französischen Handelsvertrags in Schrift und Rede von der königlichen Staatsregierung in eingehendster und sachgemäßer Weise dargelegten Ansichten nicht glauben mögen, daß die königliche Staatsregierung ihrer eigenen, mit so schlagenden Gründen vertretenen Ueberzeugung bei völlig unveränderter Situation so bald den Rücken kehren könne und werde.

Da die Vorbedingung der Erhaltung des Zollvereins, die Reform seines Tarifs — so führen die Petenten weiter aus — auf dem Wege freier Vereinbarung bisher nicht zu erreichen und auch nicht zu erwarten gewesen sei, so habe der Handelsvertrag mit Frankreich das Mittel dazu geboten, und dieses Mittel habe daher von Allen, welche den Zollverein aufrichtig erhalten wissen wollten, entschieden erfaßt werden müssen. Die sächsischen Handelsratsmitglieder hätten sich bewußt werden müssen, daß die Ablehnung des Vertrags gleichbedeutend mit der Zerreißung des Zollvereins sei, nachdem Preußen unterm 2. Aug. den Vertrag mit Frankreich auch über die Dauer der Zollvereins-Verträge hinaus für sich verbindlich abgeschlossen habe. Die weniger in materiellen als politischen Gründen fufende Opposition Süddeutschlands sei durch das Verhalten der sächsischen Vertreter auf dem Handelsrat nur verstärkt worden. Zur Rechtfertigung könne nicht etwa behauptet werden, daß die von den süddeutschen Regierungen abgegebenen Erklärungen als ihre letzten, unabänderlichen angesehen werden müßten. Vielmehr sei noch jetzt zu hoffen, daß schließlich doch auch bei ihnen noch „eine Umkehr eintreten werde.“ Die in der Hauptsache von Oesterreich gemachten Propositionen dürften keinen abschwächenden Einfluß auf die bisher eingenommene Stellung Sachsen ausüben; denn so sehr es im Interesse Sachsen und Leipzigs insbesondere liege, mit dem österreichischen Kaiserstaate in die engsten Handelsbeziehungen zu treten, so müßten doch jene Propositionen, so wie sie gegenwärtig vorliegen, „von jedem Unbefangenen als schlechthin unausführbar bezeichnet werden.“

Alle diese Erwägungen — schließt die Vorstellung — liegen so nahe, daß sie den Vertretern des sächsischen Handelsstandes in München nicht entgehen konnten, um darnach den allein richtigen, ihnen im Interesse unseres Vaterlandes vorgezeichneten Weg einzuschlagen. Sie haben darnach inbeffen nicht gehandelt, und dies legt uns die Verpflichtung auf, der königl. Staatsregierung zuversichtlich zu erklären, daß mindestens in unserer Stadt die Frage über den Vertrag mit Frankreich nach ganz so beurtheilt wird, wie sie von Regierung und Ständen einmütig beurtheilt worden ist, und dieselbe eherechtlich und dringend zu bitten, den in dieser für unser Land, für unsere Stadt so hochwichtigen Angelegenheit feierlich proklamirten Standpunkt auch fernerhin unabänderlich festhalten zu wollen. Dieser Standpunkt würde sich auch in dem unglücklichsten Fall der Zerreißung des Zollvereins, den wir zur Zeit noch gar nicht als möglich befürchten mögen, vollständig rechtfertigen; denn selbst wenn derselbe eintreten sollte, was Gott verhüten möge, könnte es keinem Zweifel unterworfen sein, daß die gesammten materiellen Interessen unseres Landes gebieterisch dessen Verbleiben bei Norddeutschland fordern würden.

Zur königl. hohen Staatsregierung gehen wir daher das zuversichtlichste Vertrauen und bitten dieselbe darum, daß sie nichts unversucht lasse, um unter Festhaltung der mit den Ständen vereinbarten Beschlüsse eine friedliche Lösung dieser Krisis so rasch als möglich herbeizuführen. Hierbei wird dieselbe, wie sie bereits selbst erklärt hat, und es bedarf daher deshalb nicht erst unserer Bitte, gern bereit sein, ihre vermittelnde Thätigkeit darauf zu richten, daß, soweit dies dem so eben ausgesprochenen Zwecke förderlich sein kann, der deutsch-französische Handelsvertrag, jedoch ohne dessen Ausführung behalb in Frage zu stellen, und soweit dies unter Aufrechthaltung der durch denselben zur Geltung kommenden Grundsätze thunlich ist, diejenigen Modifikationen erfahre, welche dessen Annahme den bisher ablehnenden Zollvereins-Regierungen zu erleichtern geeignet erscheinen.

Dresden, 8. Nov. In einer gestern stattgehabten Versammlung des Leipziger Komitees zur Feier der fünfzigjährigen Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig hat der Kreisdirektor v. Burgsdorff, welcher am 1. zum Mitglied dieses Komitees gewählt worden war, seinen Austritt aus demselben aus Rücksicht auf seine amtliche Stellung erklärt.

Es kann nämlich — so äußerte sich, einem Bericht der „Allg. Ztg.“ zufolge, der Dr. Kreisgerichtsdirektor — wohl nicht verkannt werden, daß die Stellung der sächsischen Regierung der Feier der Leipziger Schlacht gegenüber eine in der That sehr schwierige ist. Die sächsische Regierung hat in dieser Frage und, wie wohl verhofft werden darf, im Einklang mit allen von echtem und ungefühltem Patriotismus befehlten Einwohnern des Landes einen durch Gefühl und Pflicht in gleicher Weise vorgezeichneten Standpunkt einzunehmen. Die Erinnerungen an die unmittelbaren Folgen jenes Ereignisses sind für Sachsen so schmerzlicher Natur, sie be-

rühren in so beklagenswerther Weise die Geschichte der Dynastie und des Landes, daß es den Gefühlen der Schicklichkeit und der Selbstachtung widerstreiten würde, wollte die sächsische Regierung daran denken, ein Festmahl zu veranstalten. Dagegen wird die sächsische Regierung, wie sich beauftragt hin, ihnen zu eröffnen, der deutschen Gesinnung, die sie seit dem Besche des Deutschen Bundes jederzeit an den Tag gelegt hat, auch dann treu zu bleiben wissen, wenn es gilt, mit Ueberwindung jedes bittren Gefühls, das sich an das Ereigniß der Leipziger Schlacht notwendig knüpft, bei einer allgemeinen deutschen Feier derselben sich zu betheiligen. Sie wird nicht allein von einer solchen Feier sich nicht ausschließen, sondern auch die Hand dazu bieten, daß sie in würdevoller und wahrhaft nationaler Weise zu Stande komme.

Wien, 8. Nov. (Südd. Ztg.) Es wird schwerlich richtig sein, wenn man Hr. v. Schmerling bereits mit verschiedenen Führern der ungarischen Parteien vereinbarte Verbindungen zum Zweck einer Verständigung hat anknüpfen lassen, und wenn sogar schon eine formelle Grundlage dieser Verständigung gewonnen sein soll; aber die Thatsache tritt immer klarer hervor, daß das System, welches der Staatsminister seither in Bezug auf Ungarn festgehalten, in vollem Rückzuge begriffen ist, und daß man auch die kühnsten Schritte in die bisher als unantastbar bezeichnete Februarverfassung nicht scheuen wird, sobald nur dabei, um mit den Worten des officiellen Blattes zu reden, die „Prinzipien“ der Reichs-Grundgesetz gewahrt bleiben. Der bezügliche Artikel der „Donauzeitung“ ist unbedingt ein Ereigniß zu nennen. Mit feiner Sylbe wird mehr an die berüchtigte Eroberungs- und Bewirkungstheorie erinnert oder die Unabänderlichkeit der Februarverfassung betont; es wird im Gegentheile ohne Umschweife erklärt, diese Verfassung könne nicht nur, sie müsse, wo die Auslegung es bedingt, revidirt werden, und namentlich der Schlusssatz ist nicht mißzuverstehen: „Einem auf Grund gemeinsamer Verständigung erzielten Ausgleiche ist die Februarverfassung die gefährlichsten Hindernisse weder ihrer Natur noch zu bieten geeignet, noch wird und soll sie das thatsächliche Zustandekommen dieses Ausgleichs im entscheidenden Momente wirklich gefährden.“ Es heißt übrigens, der Kaiser persönlich habe auf diese neueste Phase der Schmerling'schen Politik einen entscheidenden Einfluß genommen, und in der vorgestrigen Konferenz im Staatsministerium soll der leitende Minister die Nothwendigkeit eines festen Zusammenstehens zwischen dem Abgeordnetenhaus und der Regierung vorzugsweise durch die Erwägung motivirt haben, daß es dem ungarischen Einflusse sonst gelingen möchte, einen Keil in das System zu treiben, der schließlich dem Dualismus zum vollständigen Siege zu verhelfen geeignet sein könnte.

Berlin, 8. Nov. Der Artikel des „Dresden. Journ.“ über den Handelsvertrag hat begrifflicher Weise hier nicht geringes Aufsehen gemacht und ist bereits Gegenstand lebhafter Besprechungen in der Presse geworden. Die „Kreuzzeitung“ bemerkt:

Wir müssen es der sächsischen Regierung überlassen, zu erwägen, wie weit der vermittelnde Standpunkt, den sie einnimmt, den Interessen und Wünschen Sachsen entspricht. Im Uebrigen aber gilt es, zu bedenken, daß bei solchen siegreichenden Entscheidungen, wie sie die jetzt namentlich durch Oesterreichs Deputirten verwickelte und auf die Spitze getriebene Frage wegen des deutsch-französischen Handelsvertrags mit sich bringt, es nicht wohlgethan ist, sich zwischen die Streitenden zu stellen. Und wenn vor dem Hineinziehen politischer Rücksichten in diese Angelegenheit gewarnt wird, so sollte diese Warnung lediglich an diejenigen gerichtet werden, welche, wie Oesterreich und im Sinn desselben, erst die Politik in eine Angelegenheit hineingezogen haben, die von vorn herein nichts damit zu schaffen hatte. Je entschiedener Preußen seine Stellung wahr, desto eher wird auch in Süddeutschland ein Umschlag zu Gunsten des Handelsvertrags erfolgen, wo die Gegner desselben sich noch immer im Stillen dem falschen Glauben hingeben, Preußen könne gar nicht vom Zollverein lassen.

Die „Nat.-Ztg.“ sagt u. A.: „In der ganzen Auseinandersetzung des „Dresd. Journ.“ ist kein Wort der Aufklärung über die erwähnten Widersprüche enthalten, und zu den mancherlei Rathslehren treten noch einige neue. Wie stellt sich die jetzige Auffassung des halbamtlichen Organs über den Werth der österreichischen Anerbieten zu der früheren? Wie denkt sich ferner die sächsische Regierung die Möglichkeit einer gleichzeitigen Verständigung und gleichzeitigen Realisirung des deutsch-französischen Handelsvertrags und der ihm, mit der Absicht, ihn zu eliminiren, entgegengestellten österreichischen Vorschläge? Ist es noch ein vermittelnder Standpunkt zu nennen, wenn die sächsische Regierung den von ihr und ihren Ständen ausgehenden Vertrag im Stiche läßt und von einer neu zu Stande zu bringenden Vereinbarung spricht, deren Möglichkeit nicht unbedingt zu verneinen ist? Oder heißt es nicht den Standpunkt ändern, wenn man, statt an einem vorhandenen und genehmigten Vertrage festzuhalten, sich auf dem Boden eines möglicher Weise künftig zu vereinbarenden stellt, und die frühere Genehmigung des vorhandenen Vertrags als ein Gutachten deklarirt, welches dahin ging, daß derselbe „im Großen und Ganzen überwiegen vortheilhaft und nützlich“ sei? Das sind Fragen, die sich theilweise leicht, theilweise schwer beantworten. Die aus Leipzig an die sächsische Regierung gestellten Fragen, die bei Abfassung dieses officiellen Artikels in Dresden vielleicht noch nicht bekannt waren, verlangen eine bestimmtere Antwort, und für Preußen ist die Zeit auch herangerückt, wo es seine Aufgabe ist, bestimmtere und entscheidendere Antworten notwendig zu machen.“

Dem Niederlausiger Schützenbund ist auf seine Eingabe um Genehmigung seiner Statuten nachstehender Bescheid zugekommen:

Am 8. Nov. 1862. Bewaffnete Vereine sind nach §§. 29 und 30 der Verfassungsurkunde unstatthaft. Hiervon gilt nur bezüglich der sächsischen Schützenbünde eine Ausnahme, denen laut speziellen Urkunden oder alten Herkommens ihre Schießübungen oder Auszüge — vorausgesetzt, daß die Schützenbünde die Grenzen ihrer bisherigen Zwecke und Befugnisse nicht überschreiten — fernerweit zu gestatten sind. Hiernächst ist, wie Ihnen auf den an das kgl. Oberpräsidium gerichteten und anher gelangten Antrag vom 18. Juni d. J. zum Bescheide gemacht, die beabsichtigte Vereinigung der Schützenbünde aller Niederlausiger Städte und der Stadt Muskau in einem gemeinsamen Schützenbündnisse unstatthaft. Frankfurt a. O., 30. Sept. 1862. Königl. Regierung.

Vor der vierten Deputation des Kriminalgerichts stand

gestern Termin zur Verhandlung der gegen die „Gartenlaube“ erhobenen Anklage auf Vernichtung der mit Beschlag belegten Nummern, welche die Novelle, den Untergang der „Amazone“ betreffend, enthalten. Rechtsanwalt Lewald war als Vertreter der Beschlagnahme-Interessenten erschienen und erklärte sich bereit, seine Anträge wegen des Beweises der Wahrheit zu stellen, falls in die Verhandlung der Sache eingetreten werden sollte. Der Gerichtshof hob indeffen den Termin auf, weil die Liste der Beschlagnahme-Interessenten nicht genau festgesetzt war, und beschloß, die Polizei zu ersuchen, diese Feststellung zu veranlassen.

Der zeitweilige preussische Handelsminister, Graf Jzemplich, hat vorgestern, wie der „Süddeutschen Ztg.“ geschrieben wird, den Ausschuss des deutschen Handelsrats offiziell empfangen, und dabei den Entschluß der preussischen Regierung, an dem Handelsvertrage mit Frankreich festzuhalten, auf's entschiedenste ausgesprochen, auch alle dem widersprechenden Gerüchte als völlig grundlos bezeichnet.

Berlin, 8. Nov. Wie die sogenannten Ergebnisseitsadresse nebst Deputationen gemacht werden, das hat man im Allgemeinen zwar gewußt; aber einzelne Thatsachen, die jetzt bekannt werden, übersteigen in der That doch alle Vorstellung. Um Adressen, mit möglichst viel „Unterschriften“, zu Stande zu bringen, hat man sich jetzt hier u. A. auch an die Galleriedienste, Portiers, Kastellane u. des neuen Museums u. s. w. gewendet. Man legte den Leuten eine lithographirte Ergebnisseitsadresse vor, und sie mußten natürlich unterschreiben. Einer der Betheligen schreibt heute an die Redaktion der „Volkszeitung“: „Wir Unterbeamte sind größtentheils Familienväter und auf Kündigung angestellt — hier heißt es: friß Vogel, oder stirb! — und man unterschreibt. Daß ich meinen Namen nicht nenne, werden Sie natürlich finden, ich habe Frau und Kinder u. s. w.“ Es werden ferner solche lithographirte Ergebnisseitsadressen hier durch Dienstleute von Haus zu Haus herumgetragen, mit der Anweisung, daß da, wo der Mann nicht zu Hause, wo möglich die Frau veranlaßt werde, zu unterschreiben. Es wird versichert, daß die Dienstleute für den Bogen 1 Thlr. erhalten. In ähnlicher Weise, wie hier die Kastellane, Portiers u. s. w. werden auswärts ebenfalls diejenige Leute zu unterschreiben veranlaßt, welche sich in einer abhängigen Stellung befinden, wie die Dominalpächter u. s. w., mag ihr Inneres auch noch so sehr widerstrebe. Die Bauern, Schulzen u. s. w., welche mit den Deputationen hier ankommen, erhalten die Reisekosten und sonstigen Auslagen meist vergütet. So macht man Adressen und öffentliche Meinung.

Die feudale „Zeidler'sche Korr.“ welche der Reise des Hr. v. Bismarck nach Paris eine besondere Bedeutung beizulegen sucht, theilt über den Empfang desselben am kaiserl. Hofe Folgendes mit: Gleich am Tage der Ankunft wurde Hr. v. Bismarck in St. Cloud zum Diner eingeladen, und von da an bis zu der förmlichen Abschiedsaudienz ist er von dem Kaiser Napoleon wiederholt in längeren Privataudienzen empfangen worden. Nicht minder ist der tägliche Verkehr zwischen dem Minister des Auswärtigen, Drouyn de Lhuys, und Hr. v. Bismarck ein lebhafter und vertraulicher gewesen. Die mehrfachen Konferenzen, welche zwischen denselben theils im Hotel des auswärtigen Ministeriums, theils im preussischen Gesandtschaftshotel stattfanden, lassen darauf schließen, daß auch ernste geschäftliche Angelegenheiten dem Aufenthalt unseres Premiers in Paris nicht fremd gewesen sind.

Berlin, 9. Nov. Die „Südd. Ztg.“ theilt den Wortlaut der von Hr. v. Bismarck an Hr. v. Ulfsohn gerichteten Notifikation mit. Es geht daraus am besten hervor, welchen Standpunkt der ehemalige Minister des Auswärtigen zur kurbessischen Frage einnimmt. Das Schreiben ist vom 15. Oktober datirt und lautet:

Nachdem seit Publikation der kurfürstl. heftigen Verordnung vom 21. Juni d. J., durch welche die Verfassung vom 5. Jan. 1831 wieder hergestellt und der Weg für Beilegung des Verfassungsstreits betreten worden ist, fast vier Monate vergangen sind, vernehmen wir heute die Einberufung des Landtags, für den die Wahlen bereits am 21. Juni d. J. ausgeführt wurden, auf den 27. d. M. nach Rassel. Es ist also jetzt der entscheidende Augenblick gekommen, in welchem es gilt, in Kurhessen einen wirklichen und dauernden Friedensstand durch die vollständige und rücksichtslose Erfüllung aller in der Verordnung vom 21. Juni d. J. gemachten Zusagen Seitens der Regierung und durch eine gemäßigte und entgegenkommene Haltung Seitens der Ständeversammlung herbeizuführen, also nicht dem vierjährigen, zu einer Gefahr für Deutschland gewordenen Haber neue Nahrung zu geben. Wir halten zwar an der Hoffnung fest, daß die Regierungsvorlagen für den Landtag dieser völlig zweifellosen Aufgabe ganz entsprechen werden, und hegen zugleich die zuversichtliche Erwartung, daß der Landtag in seiner jetzigen Zusammensetzung im Rechte begründeten und dem Bedürfnisse des Landes wirklich gemäßen Vorschlägen der Regierung die für die Beilegung des Verfassungsstreits nöthige Zustimmung nicht versagen werde. Ueber unsere Auffassung der uns nahe berührenden Vorgänge in dem Nachbarlande haben wir uns im Verlaufe der Bundestags-Verhandlungen, die zu dem Beschlusse vom 24. Mai d. J. führten, und während der damals unvermeidlich gewordenen außerordentlichen Maßnahmen gegen Ew. Excellenz oft ausgesprochen. Sie beruht auf den gegebenen Verhältnissen, und wir können an denselben nur unbedingt festhalten; aber unser lebhafter Wunsch richtet sich dahin, daß die kurhessische Verfassungsangelegenheit fortan lediglich eine kurhessische in ihrer Angelegenheit bleiben, und daß uns und dem übrigen Deutschland recht bald die Befriedigung zu Theil werden möge, von dem kurhessischen Verfassungsstreite nur noch als von einem vergangenen zu hören.

In diesem Sinne wollen Ew. Excellenz gefälligst sich dort und namentlich auch gegen den kurhessischen Bundestags-Gesandten über die Sache äußern. — Bismarck.

Wien, 8. Nov. Gegenstand der heutigen Verhandlung des Finanzausschusses war die gestern nicht zum Abschluß gelangte Abtheilung: „Marinebudget“. Von den Ministern waren anwesend: Graf Rechberg, Degenfeld, Wickenburg und Baron Burger. Der Ausschuss beantragt, die Summe von 356,000 fl. aus dem Budgetentwurf dieser Abtheilung zu streichen. Die Diskussion war eine sehr lebhaft, und hervorragenden Antheil nahmen Herbst, Giska und

Schindler. Beschluß wurde seiner gefaßt, und ist die Fortsetzung der Beratung am nächsten Montag stattfindenden Sitzung vorbehalten.

Die zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhaus obshwebenden Differenzen in Betreff der Einsetzung einer Kommission für die Kontrolle der schwedischen Staatsschuld sind als ausgeglichen zu betrachten. Diese Kommission besteht aus 6 Mitgliedern, die durch Wahl des Reichsrathes zur Hälfte aus dem Herrenhause und zur Hälfte aus dem Abgeordnetenhaus hervorgehen. Die gewählten Mitglieder derselben müssen ihren bleibenden Wohnsitz in Wien haben. Die Wahl jener 3 auf das Abgeordnetenhaus entfallenden Mitglieder dürfte schon in einer der nächsten Plenarsitzungen vorgenommen werden, und voraussichtlich auf die H. Dr. Taschet und Baron Tinti fallen. Die Wahl des dritten Mitglieds schwankt noch zwischen Dr. Nyger und Skene. Es ist in Abgeordnetenkreisen die Ansicht vorherrschend, daß die Mitglieder dieser Kommission mit der größtmöglichen Majorität aus der Wahl hervorgehen sollten, damit sie in dem ehrenden Botum, mit dem sie das Haus zu diesem hochwichtigen Posten beruft, eine moralische Stütze in ihrer schwierigen und so viel Unabhängigkeit erfordernden Stellung finden. — Wie wir vernehmen, wird der Finanzanschluß unerschütterlich darauf bestehen, die Ausgaben für die modeneisischen Truppen aus dem Budget des Jahres 1863 zu streichen.

Italien.

* Turin, 8. Nov. Der Bankrott des Bankhauses L... in Parma soll sich auf 14 Millionen belaufen. Die Nationalbank sei mit 6 Millionen theilhaftig. Wie es heißt, hat sich der Chef des Hauses mit 2 Millionen nach Rom geflüchtet.

Frankreich.

Paris, 10. Nov. Der „Moniteur“ veröffentlicht heute eine Korrespondenz aus Griechenland, worin jedoch sonderbarer Weise der jüngsten Ereignisse mit keinem Wort erwähnt, sondern nur von dem Projekte der Durchsetzung der Landenge von Korinth die Rede ist. Man weiß noch nicht, — sagt das offizielle Blatt — ob die griechische Regierung auf die von der betreffenden Gesellschaft gestellten Bedingungen eingehen wird. — Im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten verfolgt man die Schritte des russischen Kabinetts, trotz seiner Versicherung in der griechischen Angelegenheit im Einklang mit England und Frankreich gehen zu wollen, mit einigem Mißtrauen. Die Berichte des Hrn. Bouré aus Athen lassen nämlich entnehmen, daß die russische Propaganda für den Herzog von Leuchtenberg eine sehr thätige ist. — Der „Patrie“ zufolge ist es unbegründet, daß die Hofpartei der provisorischen Regierung zu Athen durch ihren Gesandten, Hrn. Pholidas, habe drohen lassen, die Grenzstadt Boniga zu besetzen, wenn die Freiropen in Livadien nicht unmittelbar aufgestellt würden; eben so unbegründet ist, nach demselben Blatte, die angebliche Absendung einer türkischen Flotte nach dem Piräus. Nur eine Fregatte ging zur Verhütung des türkischen Gesandten dahin ab. Die provisorische Regierung ihrerseits hat dem diplomatischen Korps gegenüber sich allerdings beif, das Verhalten des Generals Orivas zu Boniga abzulehnen; aber die Frage ist, welche Partei in dem von Parteien so zerrissenen Griechenland die Oberhand behalten wird. — Nach Berichten aus Konstantinopel hatte sich dort das Gerücht verbreitet, daß der Sultan auf der Reise nach Jemid an Bord des Dampfschiffes „Hélié“ erkrankt sei. — Die kaiserl. Regierung beabsichtigt, wie man versichert, den i. J. 1869 von dem bekannten Ingenieur Prony Napoleon I. vorgelegten Plan zur Anlage eines großen Seehafens in der Nähe von Civita-Vecchia nach den in den Archiven des Marineministeriums noch vorhandenen Entwürfen wieder aufzunehmen. Man glaubt, daß der Papst hiezu seine Ermächtigung geben wird. — Heute Morgen begaben sich sämtliche Minister nach Compiegne zu einer Beratung unter Vorsitz des Kaisers. Im kaiserl. Schloße scheint man sich übrigens nicht sonderlich zu unterhalten; das Wetter ist schlecht, die abgehaltenen Jagden, namentlich die letzte, fielen schlecht aus, die Gäfte sind langweilig, und der Kaiser übler Laune. Hr. v. Nigra ist erst heute nach Compiegne abgereist. — Der türkische Gesandte, Djemil-Pascha, hat heute dem Prinzen Napoleon seinen offiziellen Besuch ab. — Abbé Coqueran, Großalmosenier der französischen Flotte, hält in diesem Augenblick eine kirchliche Inspektion über das Evolutionsschiff in Toulon ab; der Abbé beabsichtigt, diese Inspektionen auch auf das Geschwader an der merikanischen Küste auszu dehnen. — General Lorenz sollte sich, nach Berichten aus Vera-Cruz, am 1. Nov. nach Frankreich einschiffen. — Die Fregatte „Amazon“ hat Befehl erhalten, mit einer Ladung von Sträflingen von Toulon nach Cayenne abzugehen. Diese Maßregel ist notwendig, weil trotz der angeordneten Unterbrechung der Sendung von Sträflingen aus den Central-Zuchthäusern der Bagnos von Toulon dermaßen überfüllt ist, daß die Sicherheit gefährdet erscheint.

Belgien.

Brüssel, 8. Nov. Ein Korrespondent des Pariser „Temps“ erklärt sich ermächtigt, der Kandidatur des Grafen von Flandern für den griechischen Thron als einem müßigen Gerücht entgegenzutreten. Der Prinz sei mit seinem Vater einverstanden, nicht zuzugeben, daß sein Name in diese Angelegenheit verflochten werde.

Griechenland.

* Athen. Dem Pariser „Flotten-Moniteur“ schreibt man, daß die Revolution auf allen Punkten ohne den geringsten Anstoß vor sich gehe und daß es der einstimmige Ruf des Volkes und der Führer sei: „Keinen Bayer mehr!“ Die Revolution sei jedoch keine demokratische; auch wüßte man keine Republik, selbst wenn es eine aristokratische wäre; Griechenland sei vielmehr — so unwahrscheinlich es auch Jedem, der das Land nicht kenne, klingen möge — sehr monarchisch gesinnt. Das Schreiben schildert hierauf die Ahtung,

berer sich die Franzosen in Griechenland zu erfreuen hätten. Wo sich nur ein Franzose bilden lasse und ein wenig guten Willen zeige, werde er gefeiert, und zwar geschehe dies trotz des Aigis, welches die französischen Schiffe vielen Mitgliedern der früheren Regierung gewährt hätten. Jedermann wisse, daß Bogaris, der frühere Kriegsminister; Spiro Mlios, sein Nachfolger, Kolofotroni, Ministerpräsident; Nupos, Bürgermeister von Athen, Alexandropoulos, Generalprokurator, u. s. w. sich an Bord des französischen Admiralschiffes „Jenobie“ geflüchtet hätten, aber man erkenne hierin nur die unter allen Umständen gewährte Gastfreundschaft der französischen Flagge. Das englische Geschwader sei verstärkt worden und bestehe jetzt aus folgenden Schiffen: Linienschiff „Marlborough“ mit 131 Kanonen und 800 Pferdekraft, Linienschiff „Queen“ mit 86 Kan. und 500 P., „Pelican“ 17 Kan. und 200 P., „Spannon“ 51 Kan. und 600 P. und „Zearus“ 11 Kan. und 150 P.

Amerika.

Der Feldzug der Potomac-Armee vom März bis Juli 1862. III. Nördlich vom Fort Monroe ergießt sich der Yorkfluß in die See; an demselben liegt Yorktown. Das war das nächste Ziel des unionistischen Heeres, denn von Yorktown führt eine Eisenbahn nach Richmond, auf und neben der konnte man dann zur Hauptstadt der Rebellen gelangen. Den 4. April waren bereits 6 Divisionen, die Kavallerie, die Artillerie ausgeschifft, man begann vorzurücken. In Strömen goß der Regen herab, die Wege waren grundlos, man kam nur vorwärts, indem man einen Knüppelweg anlegte; hier zeigten die Amerikaner ihre ganze Energie. Binnen wenigen Tagen war derselbe bis in die Nähe der Stadt vollendet. Der Yorkfluß war durch feindliche Batterien gesperrt, die Flotte getraute sich nicht, deren Feuer zu tragen, man mußte zu einer förmlichen Belagerung der stark besetzten Stadt schreiten. Es war nicht das erste Mal für Yorktown; schon einmal (1781) hatte eine Armee vor der Stadt gestanden, die vereinigte amerikanisch-französische unter Washington und Rochambeau; mit der Kapitulation der Engländer war die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten entschieden. Bei jedem Spatenstich fanden die Schanzenden die Spuren der ersten Belagerung, hier in dem Hause hatte Lafayette sein Hauptquartier gehabt, dort begannen die französischen Kaufgräben, da zeigte man das Haus, in dem die beiden Obergenerale gewohnt; vor diesen Häusern war die Allianz zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten mit dem Blute beider Nationen besiegelt worden, eine Allianz, bis jetzt noch nicht gebrochen und stets zu beider Vortheil.

So lange wie damals sollte die Belagerung nicht dauern, man war so weit, daß man die Stadt stürmen und dem Feind einen entscheidenden Schlag beibringen konnte; es war nötig, den Flecken von Vulk Nun abzuwaschen; hatte man aber einmal entschieden die Ueberlegenheit gezeigt, so konnte man leichter die Hand zum Frieden bieten. Zeit durfte man keine verlieren, denn jeder Tag erweiterte die trennende Kluft. Aber auch der Feind schien eine derartige Schlappheit zu fürchten; er that das Klügste, was er konnte, und räumte in der Nacht vom 3. auf den 4. Mai Yorktown; seinen Hauptzweck hatte er wiederum erreicht, Zeit gewonnen, die Befestigungen um Richmond zu verstärken und zu vollenden; und damit das Gros der Armee ungehindert dorthin seinen Rückzug antreten könne, hielt die feindliche Nachhut 2 Tage lang den Paß bei Williamsburg; erst als sie in Gefahr kam, umgangen zu werden, zog sie sich zurück (7. und 8. Mai).

So schritt das unionistische Heer zwar von Erfolg zu Erfolg, aber keiner war entscheidend. Das Wetter hatte sich unterdessen aufgehellt, und frühlich und wohlgeruhet rückte die Armee hinauf längs dem Pamunkey, einem schiffbaren Nebenfluß des Yorkflusses. Kanonenboote aus demselben eröffneten den Zug, sie mußten die Ufer des flachen Gewässers mit ihren weittragenden Geschützen säubern; an den Ufern ritten die Offiziere des topographischen Bureau's unter der Bedeckung von Reitern, und nahmen mit Hilfe der Magnetnadel die Uferlinie auf Karten auf, welche im Hauptquartier photographirt und an die Generale vertheilt wurden. Den anderen Tag setzte sich die Armee in Bewegung, eine gewaltige Masse, unterbrochen von erloschenen Wagenzügen. Ein Viertel von jedem Regiment wurde allein für das Fuhrwesen verwendet; jedes Bataillon hatte über 10 Wagen, hochbeladen mit Munition, Lebensmitteln, Zelten, einem ganzen Mobiliar; nur die Frauen fehlten, um das Bild eines Auswanderungszuges zu vollenden. Große Märkte waren hiedurch unmöglich, und selten rückte man an einem Tag weiter als 2 Meilen vor, doch war die Stimmung der Truppen gut; die Leute waren stark, kräftig und sahen intelligent aus.

Die unionistische Armee trug eine Uniform, himmelblaue Hosen, die gewöhnlich in die Stiefel gesteckt sind, eine blaue Bluse oder Spener; die Kavallerie mit gelben, die Artillerie mit roten Aufschlägen; Kopfbedeckung ist das Käpi, häufig auch ein weicher schwarzer Filzhut mit Leder besetzt. Die Offiziere unterscheiden sich von den Gemeinen durch kleine Schnüre auf den Achseln und einen amarantfarbigen Gürtel. Gut getragen kleidet diese Uniform sehr hübsch.

Werfen wir auch einen Blick auf das Lagerleben; hier muß man den Amerikanern alles Lob zollen; keine Nation weiß schneller eine Stadt aus Zelten zu bauen, keine Soldaten schiden sich besser darin, Monate lang darin zu kampieren, als die Amerikaner. Der Wandertreib, der ihnen ein geboren ist und sie veranlaßt, jedes Jahr Ort und Wohnung zu wechseln, die Auswanderungszüge, die stets durch ihr Gebiet ziehen, das nomadische Leben, welches die meisten Offiziere unter den Indianerhorden führten, das Alles macht ihnen das Lagerleben leicht, ja angenehm. Mitten in den ungeheuren Wäldern erhebt sich Abends ein reges Leben; wie durch Zauberschlag entsteht eine ganze Stadt von Zelten mit regelmäßigen Gassen und Straßen; in der Mitte sind die Zelte des Generals, aus denen selbst das Zelt des Generals als Centrum des Ganzen hervorsticht. Reiteroffiziere sprengen herbei, von den letzten Schamärgeln, die sie mit dem Feinde gehabt, berichtet, der Telegraph spannt seine Drähte an die Bäume, ja die Druckerei beginnt ihr Werk, so regelmäßig wie in New-York. Es ist ein wunderbarer Anblick, ein

Lager von mehr als 100,000 Mann vor sich zu haben, es erinnert an die Wanderzüge der Jaeliten; aber was nicht biblisch ist, das ist der Wald von Masten und Kaminen, der sich am Ufer aufgespizt hat. Wagen um Wagen rollt hin, um die Vorräthe, welche die gewaltigen Dampfer herbeiführen, in Empfang zu nehmen. Zwiebad, Salz, Fleisch, Kaffee, Zucker, Alles wird den Soldaten zugeführt; die Kranken, leider je länger je mehr, werden durch die Schiffe in die heimathlichen Städte des Nordens gebracht, um dort bessere Pflege zu finden, als in den sumptigen Niederungen Virginians. Allmähig erstirbt der Lärm des Tages, die Nacht senkt sich auf das Lager, die Feuer erlöschen, und bald hört man nur noch den Ruf der Schildwachen und das einträgliche Schreien des Spottvogels. Der andere Abend findet den Wald wieder öde und leer, aber auch seines blühenden Schmuckes beraubt; die Hand des Menschen kann im Kriege nur zerstören.

* New-York, 24. Okt. Der hiesige Times-Korrespondent schreibt u. A.: Die Angriffe gegen General McClellan werden mit jedem Tag heftiger. Seine abolitionistischen Gegner behaupten, er habe die feindliche Armee bei Antietam absichtlich entlassen lassen, wozu seine Nebenbuhler unter den Offizieren verschärren, es habe ihm nicht an Willen, wohl aber an Talent bei dieser Gelegenheit gefehlt. So wird von den entgegengesetzten Parteien auf seine Absetzung gedrungen. In vorderster Reihe gegen ihn stehen die Abolitionisten, und es ist kaum abzusehen, wie der Präsident, der diesen schon so viel zu Liebe gethan hat, wird widerstehen können. Es bleibt ihm die Wahl, den General zu opfern, oder Hrn. Stanton und Hrn. Chase aus dem Kabinet zu entfernen. Am Ende hängt die Entscheidung weniger von ihm, als von Hrn. Seward ab, und dieser soll, wie verlautet, neuester Zeit konservativer und für McClellan gestimmt sein. Gestern war in Washington das Gerücht verbreitet gewesen, er sowohl, wie McClellan würden sich von der Bühne zurückziehen; heute wird diesem Gerücht widersprochen, doch glaubt man allgemein, daß die Abolitionisten im Kabinet des Präsidenten die Oberhand behalten werden, und daß in Folge dessen die Tage McClellan's gezählt seien, er müßte denn in den nächsten Tagen eine Schlacht gewinnen. Als sein mutmaßlicher Nachfolger wird General Hooker genannt — von den Soldaten „fighting Joe“ genannt — ein Abolitionist und ein tapferer Mann, doch ein wenig Aufschneider, und deshalb nicht so verläßlich, als zu wünschen wäre. McClellan's Bedenken, die Offensiv zu ergreifen, scheint durch die Lage des Heeres wohl gerechtfertigt zu sein. New-York ist voll von Freiwilligen, die nie Palaver gerochen haben und wegen Mangel an Waffen nicht ins Feld gestellt werden können. Der großen Potomac-Armee fehlen Wolldecken und Stiefel. Was die Wundärzte betrifft, deren nach jeder Schlacht eine große Anzahl vonnöthen ist, so sind sie so unersahen, daß die Hälfte der Verwundeten unter ihrer Behandlung stirbt. Sie amputiren, was es gar nicht nöthwendig ist, und sein Wunder, daß Freiwillige, welche von diesen chirurgischen Abscheulichkeiten hören, erschrecken und die erste Gelegenheit benützen, um sich aus dem Staube zu machen. So mag es sich erklären, daß von der berühmten, neuangeworbenen irischen Brigade, die noch nicht im Feuer war, bereits die Hälfte abhanden gekommen ist. Bei McClellan's Armee allein sollen 50 Mill. Doll. Sold rückständig sein, und manches Regiment hat seit dem 1. Juni nicht einen Heller Lohnung erhalten. General Buell ist wo möglich im republikanischen und abolitionistischen Lager noch unpopulärer als McClellan. Ihn beschuldigt man einer beim Beginn des Kriegs gethanen Aeußerung, daß er selber nicht recht wisse, ob das Recht auf Seiten des Nordens oder Südens sei, und verdächtigt ihn, bei dieser Unentschiedenheit auch im Felde beharrt zu sein. Während daher die Blätter des Südens gegen ihren General Bragg wüthen, weil er in Kentucky nichts Glänzendes geleistet habe, wird sein Gegner Buell offen des Verraths beschuldigt, weil er ihn nicht gänzlich ausgerieben hat. Mitten unter allem diesem Parteihader ist nur das Eine erfreulich, daß, nach dem Ausfall der neuesten lokalen Wahlen zu schließen, die extreme Kriegspartei an Einfluß verloren hat und eine starke Reaktion gegen Absolutismus, Föderalismus, Centralismus und abolitionistische Gewaltthaten aller Art einzutreten begonnen hat. Die Ausichten der demokratischen Partei haben sich bedeutend gehoben, und die Lokalwahlen werden für die Parteibildung im nächsten Kongreß den Ausschlag geben.

Baden.

Karlsruhe, 11. Nov. Zur Vervollständigung eines gedrängten Auszuges aus der in der heutigen Beilage der „Karlsruh. Ztg.“ besprochenen Broschüre des Oberstleutnants Knieß dürfte die Bemerkung gehören, daß in dieser Broschüre einmal eventuelle Reformvorschläge gemacht werden für den Fall, daß man sich in einem Lande entschieden habe, die allgemeine Grundbesitzbesitzung beizubehalten — und daneben die Grundbesitzung aufgelöst werden, nach welchen, sofern man ganz freie Hand hat, nach der Natur der Sache an sich das Bedürfnis nach militärischen Dienstleistungen befriedigt werden sollte. Jedenfalls muß neben dem am Schlusse des Auszuges angeführten Gedanken: „also zwar Zwangsaushebung, aber volle Entschädigung an die Einzelnen, welche diesen Dienst leisten müssen, aus den Beiträgen Aller“, der aus dem zur Ergänzung erwähnt werden, daß die gesammte, für Waffendienst überhaupt irgendwie brauchbare männliche Jugend durch einen kurzen Militärunterricht, wie durch eine Volksschule mit Lehrzwang hindurchgehen sollte, wodurch es dann auch möglich und thunlich werde, die Zahl der eventuell auch durch Zwangsaushebung aufgestellten länger dienenden Soldaten in Friedenszeiten zu verringern.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 13. Nov. 4. Quartal. 125. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: Ludwig der Bayer; Schauspiel in 5 Akten, von Paul Heyse.

Theater in Baden.

Mittwoch 12. Nov. Der Störenfried; Lustspiel in 4 Akten, von Roderich Benedix.

